



Niederschrift

über die

44. Sitzung des Kreistages des Landkreises Erlangen-Höchstadt

Sitzungstermin: Mittwoch, den 30.04.2014
Sitzungsbeginn: 09:00 Uhr
Sitzungsende: 12:37 Uhr
Ort, Raum: Schloss Atzelsberg
Atzelsberg 1
91080 Marloffstein-Atzelsberg

Anwesend sind:

Landrat Eberhard Irlinger

CSU-Fraktion

Kreisrat Eberhard Brunel-Geuder

Kreisrat Matthias Düthorn

Kreisrat Andreas Galster

Kreisrat Armin Goß

Kreisrat Karl-Heinz Hertlein

Kreisrat Martin Hofmann

Kreisrätin Gabriele Klaußner

Kreisrat Waldemar Kleetz

Kreisrat Hans Lang

Kreisrat Dr. Christoph Maier

Kreisrätin Christa Matschl

Kreisrat Robert Mirschberger

Kreisrat, MdB Stefan Müller

Kreisrat Reinhard Nagengast

Kreisrat Walter Nussel

Kreisrätin Dr. Ute Salzner

Kreisrätin Friederike Schönbrunn

Kreisrat Bernhard Schwab

Kreisrat Michael Schwägerl

Kreisrat Karlheinz Seitz

Kreisrat Ulrich Wustmann

Kreisrätin Doris Wüstner

ab 09:12 Uhr, während TOP I/1

SPD-Fraktion

Kreisrat Jörg Bubel

Kreisrat Konrad Eitel

Kreisrat Konrad Gubo

Kreisrat Dr. German Hacker

Kreisrat Andreas Hänjes

Kreisrätin Jutta Ledertheil

Kreisrat Gotthard Lohmaier

Kreisrätin Thekla Mück

Kreisrat Paul Neudörfer

Kreisrat Christian Pech

Kreisrätin Birgit Rigoll

Kreisrat Richard Schleicher

Kreisrätin Rosemarie Schmitt

Kreisrätin Melitta Schön

Kreisrätin Renate Schroff

Kreisrat Günter Schulz

Kreisrätin Barbara Stark-Irlinger

FW-Fraktion

Kreisrat Gerald Brehm

Kreisrat Karsten Fischkal

Kreisrat Wilfried Glässer

Kreisrätin Irene Häusler

Kreisrätin Karin Knorr

Kreisrat Hans Mitschke

Kreisrat Valentin Schaub

Kreisrat Bernhard Seeberger

Kreisrat Dr. Manfred Welker

Kreisrat Manfred Wiehgärtner

Bündnis 90/Die Grünen

Kreisrat Manfred Bachmayer
 Kreisrätin Irmgard Conrad
 Kreisrat Wolfgang Hirschmann
 Kreisrätin Dr. Christiane Kolbet
 Kreisrat Bernhard Kollischan
 Kreisrätin Retta Müller-Schimmel

FDP-Fraktion

Kreisrätin Britta Katharina Dassler
 Kreisrätin Elke Weis

Gäste/Sachverständige

Architekt Andreas Marth

Holger Seidel

Frank Pickel

Ludwig Baumer

Markus Preller

Sparkassendirektor Reinhard Lugschi

Verwaltung

Verwaltungsdirektor Dieter Sperber
 Verwaltungsamtsrat Marcus Schlemmer
 Verwaltungsdirektor Wilhelm Schmidt
 Regierungsdirektor Wolfgang Fischer
 Oberregierungsrätin Anne-Marie Müller

Regierungsrat Manuel Hartel

Kreisbaumeister Thomas Lux

Veterinärdirektorin Dr. Susanne Oswald

Kaufmännischer Leiter Albert Prickarz

Verwaltungsamtsrat Dietmar Pimpl
 Beschäftigter Friedrich Schlegel
 Verwaltungsamtsrätin Karin Jungkunz

Beschäftigte Heike Krahrmer

Regierungsamtsrat Hans Leuchs

Beschäftigte Susanne Wollenschläger

Beschäftigter Friedrich Geyer

Verwaltungsamtsrat Norbert Walter

Beschäftigter Matthias Peschke

Architekturbüro „Alles wird gut“

bis 10:55 Uhr, Ende öffentl. Sitzung I;

ab 11:05 Uhr, Beginn öffentl. Sitzung II

Drees & Sommer, Projektsteuerung

bis 10:55 Uhr, Ende öffentl. Sitzung I;

ab 11:05 Uhr, Beginn öffentl. Sitzung II

Drees & Sommer, Projektsteuerung

bis 10:55 Uhr, Ende öffentl. Sitzung I;

ab 11:05 Uhr, Beginn öffentl. Sitzung II

Planungsbüro ecoplan

bis 10:55 Uhr, Ende öffentl. Sitzung I;

ab 11:05 Uhr, Beginn öffentl. Sitzung II

Planungsbüro ecoplan

bis 10:55 Uhr, Ende öffentl. Sitzung I;

ab 11:05 Uhr, Beginn öffentl. Sitzung II

Kreissparkasse Höchstadt a. d. Aisch

bis 10:57 Uhr, nach TOP II/1

bis 10:55 Uhr, Ende öffentl. Sitzung I;

ab 11:05 Uhr, Beginn öffentl. Sitzung II

bis 10:55 Uhr, Ende öffentl. Sitzung I;

ab 11:05 Uhr, Beginn öffentl. Sitzung II

bis 10:55 Uhr, Ende öffentl. Sitzung I;

ab 11:05 Uhr, Beginn öffentl. Sitzung II

bis 10:55 Uhr, Ende öffentl. Sitzung I;

ab 11:05 Uhr, Beginn öffentl. Sitzung II

Kreiskrankenhaus St. Anna

bis 10:55 Uhr, Ende öffentl. Sitzung I;

ab 11:05 Uhr, Beginn öffentl. Sitzung II

bis 10:55 Uhr, Ende öffentl. Sitzung I;

ab 11:05 Uhr, Beginn öffentl. Sitzung II

bis 10:55 Uhr, Ende öffentl. Sitzung I;

ab 11:05 Uhr, Beginn öffentl. Sitzung II

bis 10:55 Uhr, Ende öffentl. Sitzung I;

ab 11:05 Uhr, Beginn öffentl. Sitzung II

bis 10:55 Uhr, Ende öffentl. Sitzung I;

ab 11:05 Uhr, Beginn öffentl. Sitzung II

bis 10:55 Uhr, Ende öffentl. Sitzung I;

ab 11:05 Uhr, Beginn öffentl. Sitzung II

bis 10:55 Uhr, Ende öffentl. Sitzung I;

ab 11:05 Uhr, Beginn öffentl. Sitzung II

bis 10:55 Uhr, Ende öffentl. Sitzung I;

ab 11:05 Uhr, Beginn öffentl. Sitzung II

Beschäftigte Hannah Reuter

bis 10:55 Uhr, Ende öffentl. Sitzung I;
ab 11:05 Uhr, Beginn öffentl. Sitzung II

Verwaltungsobersekretärin Raffaella Becker
Verwaltungsobersekretärin Paulina Lettenmeier

Schriftführerin:

Regierungsamtfrau Birgit Stolla

Nicht anwesend:

Kreisrat Günter Fensel
Kreisrat Joachim Wersal
Kreisrat Jörg Rohde

Die Sitzung hat folgende Tagesordnung:

I. Öffentliche Sitzung:

1. Örtliche Prüfung der Jahresrechnung 2012; Feststellung und Entlastung.
2. Endgültiger Jahresabschluss und Rechenschaftsbericht 2012 des Kreiskrankenhauses St. Anna; Feststellung und Entlastung.
3. Ausbau der Kreisstraße ERH8/FO29 zwischen Unterschöllnbach und Kleinsendelbach; Auftragserweiterung für die Ausführung der Straßenausbauarbeiten.
4. Neubau eines Landratsamtes; Abschluss der Vorplanungen und Festlegung der weiteren Planungsgrundlagen sowie Antrag der FW-Kreistagsfraktion vom 10.04.2014.
5. Resolution des Kreistages Erlangen-Höchstadt zur geplanten Gleichstromtrasse Süd-Ost der Amprion GmbH.

II. Nichtöffentliche Sitzung:

.....

Es besteht Beschlussfähigkeit. Die Einladung zur Sitzung erfolgte ordnungsgemäß am 17.04.2014; die Mehrheit der Mitglieder ist anwesend und stimmberechtigt.

I. Öffentliche Sitzung

1. Örtliche Prüfung der Jahresrechnung 2012; Feststellung und Entlastung

Die Mitglieder des Kreistages haben zu diesem Tagesordnungspunkt eine Vorlage der Verwaltung erhalten.

Der Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses Goß teilt mit, die Jahresrechnung 2012 sei vom Rechnungsprüfungsausschuss örtlich geprüft worden. Als wichtigstes Ergebnis wurde festgestellt, dass die Jahresrechnung 2012 ausgeglichen ist. Zur Finanzierung der Investitionen wurde wieder ein Eigenfinanzierungsanteil in Form einer über den Mindestbetrag hinausgehenden Zuführung an den Vermögenshaushalt in Höhe von knapp über 1,5 Mio. € vorgenommen. Die Verschuldung blieb auf dem Niveau des Vorjahres mit rund 25 Mio. € konstant und liegt im Vergleich mit anderen Landkreisen in Bayern noch unterhalb des Durchschnittes bezogen auf den Vergleich pro Einwohner. Dies werde sich mit den anstehenden großen Investitionen wie dem Neubau des Landratsamtes und der Baumaßnahme am Kreiskrankenhaus St. Anna sowie den Schulbaumaßnahmen in Zukunft ändern.

Insgesamt wird die Haushaltswirtschaft als ordnungsgemäß bezeichnet und seitens der örtlichen Rechnungsprüfung werden daher keine Einwände gegen die Feststellung und uneingeschränkte Entlastung der Jahresrechnung 2012 erhoben.

Der Kreistag fasst folgende Beschlüsse:

- Nachdem der Bericht zur örtlichen Rechnungsprüfung keine Unstimmigkeiten aufzeigt, die das Abschlussbild unmittelbar berühren und die gemäß Art. 88 Abs. 3 LKrO aufzuklären wären, wird die Jahresrechnung 2012 mit den nachfolgenden Abschlusszahlen festgestellt.

	Verwaltungshaus halt EUR	Vermögenshaus halt EUR	Gesamthaushalt EUR
Solleinnahmen	97.759.443,83	9.136.287,25	106.895.731,08
+neue Haushaltseinnahmereste	0,00	550.000,00	550.000,00
- alte Haushaltseinnahmereste	0,00	618.000,00	618.000,00
- alte Kasseneinnahmereste	-134.636,20	701.124,69	566.488,49
Bereinigte Solleinnahmen	97.894.080,03	8.367.162,56	106.261.242,59
Sollausgaben	97.525.920,56*)	8.492.946,68**)	106.018.867,24
+ neue Haushaltsausgabereste	420.039,81	1.263.783,71	1.683.823,52
- alte Haushaltsausgabereste	51.880,34	1.389.567,83	1.441.448,17
- alte Kassenausgabereste	0,00	0,00	0,00
Bereinigte Sollausgaben	97.894.080,03	8.367.162,56	106.261.242,59
Fehlbetrag/Überschuss	0,00	0,00	0,00

*) Darin enthalten: Zuführung zum Vermögenshaushalt 4.549.583,21 EUR (Haushaltsansatz: 3.244.000,00 EUR)

***) Darin enthalten: Zuführung zur allgemeinen Rücklage 50.000,00 EUR (Haushaltsansatz: 50.000,00 EUR)

Abstimmung: einstimmig beschlossen

Ja: 58 Nein: 0 Anwesend: 58

2. Für die festgestellte Jahresrechnung 2012 wird die uneingeschränkte Entlastung erteilt.

Abstimmung: einstimmig beschlossen

**Ja: 57 Nein: 0 Anwesend: 58
Beteiligt: 1**

Die Beratung und Beschlussfassung zu diesem Punkt erfolgte ohne Landrat Irlinger; die Sitzungsleitung übernahm stellvertretende Landrätin Karin Knorr.

2. Endgültiger Jahresabschluss und Rechenschaftsbericht 2012 des Kreiskrankenhauses St. Anna; Feststellung und Entlastung

Den Mitgliedern des Kreistages liegt zu diesem Tagesordnungspunkt eine Sitzungsvorlage vor.

Der Kreistag fasst folgende Beschlüsse:

1. Der Kreistag stellt den Jahresabschluss des Kreiskrankenhauses St. Anna Höchststadt a. d. Aisch für das Geschäftsjahr 2012 wie folgt fest:

Ergebnis der Bilanz

Aktivseite: 12.520.250,41 Euro

Passivseite: 12.520.250,41 Euro

Ergebnis der Gewinn- und Verlustrechnung

Jahresfehlbetrag: 755.953,07 Euro

Behandlung des Fehlbetrages

a) zu tilgen aus Gewinnvortrag: 0,00 Euro

b) zu tilgen aus Eigenkapital: 0,00 Euro

c) auf neue Rechnung vorzutragen: 755.953,07 Euro

Ergebnis des Anlagennachweises

Anschaffungswerte: 24.767.574,41 Euro

Abschreibungen: 13.950.800,86 Euro

Restbuchwert: 10.816.773,55 Euro

Abstimmung: einstimmig beschlossen

Ja: 58 Nein: 0 Anwesend: 58

2. Gemäß Art. 88 Abs. 3 Landkreisordnung (LKrO) wird die uneingeschränkte Entlastung des örtlich geprüften und vom Kreistag festgestellten Jahresabschlusses 2012 für das Kreiskrankenhaus St. Anna Höchststadt a. d. Aisch beschlossen.

Abstimmung: einstimmig beschlossen **Ja: 57 Nein: 0 Anwesend: 58**
Beteiligt: 1

Die Beratung und Beschlussfassung zu diesem Punkt erfolgte ohne Landrat Irlinger; die Sitzungsleitung übernahm stellvertretende Landrätin Knorr.

3. Ausbau der Kreisstraße ERH8/FO29 zwischen Unterschöllnbach und Kleinsendelbach; Auftragserweiterung für die Ausführung der Straßenausbauarbeiten

Den Mitgliedern des Kreistages liegt zu diesem Tagesordnungspunkt eine Sitzungsvorlage vor.

Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:

Der Auftrag der Firma Schulz, Buttenheim, für die Straßenausbauarbeiten an der Kreisstraße ERH8/FO 29 zwischen Unterschöllnbach und Kleinsendelbach wird um 104.000 € (inkl. 19 % MwSt.) erweitert. Dadurch erhöht sich die Gesamtauftragssumme von bisher 777.218,75 € (inkl. 19 % MwSt.) auf 881.218,75 € (inkl. 19 % MwSt.).

Die erforderlichen Haushaltsmittel für den Landkreisanteil stehen unter der HHSt. 1.6508.9510 zur Verfügung. Ca. 26.000,00 € dieser Mehrkosten entfallen auf den Kostenanteil des Landkreises Forchheim.

Abstimmung: einstimmig beschlossen **Ja: 58 Nein: 0 Anwesend: 58**

4. Neubau eines Landratsamtes; Abschluss der Vorplanungen und Festlegung der weiteren Planungsgrundlagen sowie Antrag der FW-Kreistagsfraktion vom 10.04.2014

Den Mitgliedern des Kreistages liegen zu diesem Tagesordnungspunkt eine Sitzungsvorlage sowie der Antrag der FW-Kreistagsfraktion vom 10.04.2014 vor. Als Tischvorlage wird der Antrag der FDP-Kreistagsfraktion vom 26.03.2014 ergänzt.

Landrat Irlinger erklärt eingangs, die Mitglieder des Kreistages seien über die Ergebnisse der Vorplanung zum Neubau eines Landratsamtes umfassend informiert worden. Von der FW-Kreistagsfraktion liege ein Antrag vor, die in der heutigen Sitzung geplanten Entscheidungen zur Festlegung der weiteren Planungsgrundlagen zu vertagen.

Der Vorsitzende der FW-Kreistagsfraktion Brehm begründet den Antrag damit, dass insbesondere die Entscheidung zur Ausführung der Fassade umfassend diskutiert werden sollte. Weiterhin könne der Kreistag in seiner neuen Zusammensetzung die heute getroffenen Beschlüsse wieder verändern. Es mache daher durchaus Sinn, erst nach Beginn der neuen Wahlperiode abschließend über die Vorplanung zu entscheiden.

Aus dem Gremium erklärt Kreisrat Schleicher, der Antrag auf Vertagung sei nicht nachvollziehbar, da die Fraktionen für alle anstehenden Entscheidungen gut vorbereitet seien und der Fortgang der Planungen nicht verzögert werden sollte.

Landrat Irlinger lässt über den Antrag der FW-Kreistagsfraktion vom 10.04.2014 über eine Vertagung der Beschlussfassung in die neue Wahlperiode des Kreistages abstimmen.

Die Vertagung wird mehrheitlich mit 8:50 Stimmen abgelehnt.

Landrat Irlinger schlägt für den weiteren Verlauf der Beratung und Beschlussfassung vor, die einzelnen zur Entscheidung anstehenden Punkte aufzurufen. Zu jedem Punkt bestehe die Möglichkeit zur Beratung und Diskussion. Für Fragen seien sowohl Architekt Marth, die beauftragten Fachplaner als auch die Projektsteuerer anwesend.

Die Mitglieder des Kreistages zeigen sich mit der Vorgehensweise einverstanden. Kreisrat Hacker regt an, die Beratung und Abstimmung zur Umsetzung eines Staffelgeschosses und zur Planung einer Verlängerung der Gebäudeteile, einer sogenannten Fingerverlängerung, in der Reihenfolge zu tauschen. Eine Verlängerung der Gebäudeteile ersetze seiner Ansicht nach die Notwendigkeit der Umsetzung eines Staffelgeschosses. Landrat Irlinger erklärt nach Zustimmung aus dem Gremium, die Abstimmung in dieser Reihenfolge durchzuführen und über die einzelnen möglichen Varianten zur Umsetzung eines Staffelgeschosses einzeln abstimmen zu lassen.

Im Rahmen der anschließenden Beratung wird die Verlängerung der Gebäudefinger überwiegend positiv beurteilt. Wegen der damit einhergehenden Vergrößerung der Nutzflächen und damit in Folge auch einer höheren Anzahl an nachzuweisenden Stellplätzen, erklärt Kreisrat Hirschmann für das Protokoll, die Verwaltung müsse bei der Stadt Erlangen auf eine mögliche Reduzierung der nachzuweisenden Stellplätze hinwirken. Als wesentliches Argument könnten die vorgesehenen Maßnahmen des Landkreises zur Förderung der ÖPNV-Nutzung der Beschäftigten vorgetragen werden. Auch die Stadt Erlangen könne so ein deutliches Zeichen für die Nutzung des Nahverkehrs setzen. Landrat Irlinger sagt entsprechende Verhandlungen mit dieser Zielrichtung mit der Stadt Erlangen zu und lässt anschließend über folgende Beschlussvorschläge abstimmen:

1. Bei der weiteren Planung wird eine Verlängerung der Gebäudeteile, eine sogenannte Fingerverlängerung, vorgesehen.

Abstimmung: mehrheitlich beschlossen Ja: 51 Nein: 7 Anwesend: 58

2. Bei der weiteren Planung wird die sofortige Umsetzung eines Staffelgeschosses vorgesehen.

Abstimmung: mehrheitlich abgelehnt Ja: 2 Nein: 56 Anwesend: 58

Bei der weiteren Planung ist die Vorrüstung für ein Staffelgeschoss, Basisvariante, wie in der Vorplanung enthalten, zu berücksichtigen.

Abstimmung: mehrheitlich beschlossen Ja: 46 Nein: 12 Anwesend: 58

Im weiteren Verlauf werden die Möglichkeiten der Fassadengestaltung kontrovers diskutiert. Landrat Irlinger gibt eingangs zu bedenken, die im Architektenwettbewerb dargestellte Gestaltung der Fassade sei maßgeblich für den vom Architekturbüro

„Alles wird gut“ im Wettbewerb gewonnenen 1. Preis gewesen. Aus dem Gremium wird auf den gestalterischen und ästhetischen Gesichtspunkt, sowie die sich aus dem vertikalen Sonnenschutz ergebenden Vorteile einer optimalen Ausnutzung des Lichteinfalls mehrfach hingewiesen. Vertreten wird jedoch auch die Meinung, eine vereinfachte sogenannte Bandfassade könne architektonisch ansprechend gestaltet werden und biete zudem die Möglichkeit Mehrkosten zu kompensieren. Wichtig sei jedoch in jedem Fall ein ausreichender Wärmeschutz, um eine übermäßige Aufheizung des Gebäudes ohne aufwendigen Energieeinsatz verhindern zu können. Kreisbaumeister Lux sowie die anwesenden Fachplaner bestätigen, dass die Wärmeschutzanforderungen auch mit einer Bandfassade nachgewiesen werden können. Wegen kontroverser Meinungen zur Frage der späteren sinnvollen Reinigung der Fenster- und Fassadenflächen, erklärt Landrat Irlinger, es werde heute lediglich ein Grundsatzbeschluss gefasst. Alle weiteren Details zur Fassade, ob diese mit Wartungsstegen zur Reinigung und wie von Kreisrat Nussel ergänzt auch zum besseren Brandschutz ausgeführt wird, müsse dann geprüft, geplant und mit Kosten dargestellt werden.

Die Mitglieder des Kreistages stimmen anschließend über folgenden Beschlussvorschläge ab:

3. Bei der weiteren Planung wird an der Wettbewerbsfassade festgehalten.

Abstimmung: mehrheitlich abgelehnt Ja: 26 Nein: 32 Anwesend: 58

Landrat Irlinger bittet nochmals mit einer Gegenprobe um Abstimmung, wer für die weitere Planung der sogenannten Bandfassade stimmt.

Abstimmung: mehrheitlich beschlossen Ja: 32 Nein: 26 Anwesend: 58

4. Bei der weiteren Planung werden die Flurwände mit einem Oberlicht versehen.

Abstimmung: einstimmig beschlossen Ja: 58 Nein: 0 Anwesend: 58

5. Bei der weiteren Planung wird die Brüstung zum Atrium geschlossen ausgeführt.

Abstimmung: einstimmig beschlossen Ja: 58 Nein: 0 Anwesend: 58

Anschließend schlägt Kreisrat Galster vor, die folgende Beschlussfassung über die Ausführung des Bodenbelages im Foyer zurückzustellen und die weitere Kostenentwicklung abzuwarten. Es folgt eine kurze Diskussion, auch die weiteren Entscheidungen bis einschließlich Nr. 10 des Beschlussvorschlages zurückzustellen. Auf das Argument, dies sei nicht notwendig, da sich alle Mitglieder des Kreistages mit den Themen ausführlich auseinandergesetzt hätten, schlägt Landrat Irlinger vor, nur Nr. 6 des Beschlussvorschlages zu vertagen.

Der Kreistag fasst daraufhin folgende Beschlüsse:

6. Die weitere Planung des Bodenbelages im Foyers wird zurückgestellt.

Abstimmung: einstimmig beschlossen Ja: 58 Nein: 0 Anwesend: 58

7. Es werden in der Tiefgarage zwei Ladestationen für Elektrofahrzeuge, sowie die Vorbereitung von 20 weiteren Stellplätzen vorgesehen.

Abstimmung: einstimmig beschlossen **Ja: 58 Nein: 0 Anwesend: 58**

8. Bei der weiteren Planung wird eine Gebäudevisualisierung vorgesehen.

Abstimmung: einstimmig beschlossen **Ja: 58 Nein: 0 Anwesend: 58**

9. Bei der weiteren Planung wird beleuchtungstechnisch eine LED-Technik vorgesehen.

Abstimmung: einstimmig beschlossen **Ja: 58 Nein: 0 Anwesend: 58**

10. Bei der weiteren Planung wird eine elektronische Schließanlage vorgesehen.

Abstimmung: einstimmig beschlossen **Ja: 58 Nein: 0 Anwesend: 58**

11. Bei der weiteren Planung wird eine Photovoltaikanlage vorgesehen.

Abstimmung: einstimmig beschlossen **Ja: 58 Nein: 0 Anwesend: 58**

Anschließend teilt Landrat Irlinger mit, der in der Vorplanung dargestellte Fitnessraum könne selbstverständlich wie von der FDP-Kreistagsfraktion beantragt auch als Reservefläche dargestellt werden. Er sei jedoch der Ansicht, dass ein Fitnessraum eingerichtet werden sollte.

Die Fraktionsvorsitzende der FDP-Kreistagsfraktion Weis erklärt, da die Fläche als Reservefläche zur Verfügung steht, könne die Entscheidung über den Antrag der FDP-Kreistagsfraktion vom 26.03.2014 zur Realisierung eines Fitnessraumes zurückgestellt werden. Ein solcher sei Ihrer Ansicht nach angesichts der innerstädtischen Lage des Landratsamtes und des dort ohnehin vorhandenen Angebotes nicht notwendig. Kreisrätin Weis erklärt, den Antrag erneut mit einer neuen Begründung stellen zu wollen.

Landrat Irlinger spricht sich darauf hin nachdrücklich für die Realisierung eines Fitnessraumes im Neubau des Landratsamtes aus. Dies sei im Rahmen der betrieblichen Gesundheitsfürsorge für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter üblicher und sinnvoller Standard und könne seiner Ansicht nach auch wirtschaftlich betrachtet werden. Da die kontroversen Ansichten zur Einrichtung eines Fitnessraumes hinlänglich bekannt seien, könne bereits heute über eine Realisierung abgestimmt werden.

Landrat Irlinger lässt darüber abstimmen, ob ein Fitnessraum im Neubau des Landratsamtes zu realisieren ist.

Abstimmung: mehrheitlich beschlossen **Ja: 57 Nein: 1 Anwesend: 58**

Landrat Irlinger erklärt abschließend, die Verwaltung werde beauftragt, mit der Stadt Erlangen Verhandlungen zu führen um auf eine mögliche Reduzierung der Stellplatzanzahl hinzuwirken.

5. **Resolution des Kreistages Erlangen-Höchstadt zur geplanten Gleichstromtrasse Süd-Ost der Amprion GmbH**

Den Mitgliedern des Kreistages liegt zu diesem Tagesordnungspunkt eine Sitzungsvorlage vor. Diese wird ergänzt durch den Antrag von Kreisrat Konrad Eitel vom 29.04.2014. Dieser liegt der Niederschrift als Anlage bei.

Landrat Irlinger teilt mit, die Bürgermeister der von den Planungen der Amprion GmbH potentiell betroffenen Gemeinden im Landkreis haben einhellig darum gebeten, dem Kreistag eine Resolution zur Entscheidung vorzulegen, welche sich im Sinne der gemeindlichen Belange mit der Gleichstromtrasse Süd-Ost befasst. Die vorliegende Resolution wurde mit den Bürgermeistern der betroffenen Gemeinden abgestimmt.

Landrat Irlinger erklärt, er befürworte weiterhin die von Kreisrat Eitel beantragte Ergänzung der Resolution, die Bayer. Staatsregierung nachdrücklich aufzufordern, lokale Initiativen zur regenerativen Energiegewinnung verstärkt zu fördern und den Ausbau der Windenergie nicht weiter zu behindern.

In der anschließenden Beratung wird übereinstimmend vorgetragen, es müsse sowohl die Energieversorgung sichergestellt als auch eine vernünftige Umwelt für die Bürgerinnen und Bürger erhalten werden. Der von der Ersatztrassenplanung insbesondere betroffene Regnitzkorridor sei bereits über die Maßen mit der BAB A 73, dem Rhein-Main-Donau-Kanal, zunehmendem Güterverkehr mit Ausbau der ICE-Strecke und der bestehenden 380 bzw. 110 kV-Stromleitungen belastet. Ein weiterer Einschnitt in den Lebensraum sei der Bevölkerung nicht zuzumuten. Äußerst kontrovers werden jedoch im Zusammenhang mit der von Kreisrat Eitel beantragten Ergänzung die neuesten Entscheidungen der Bayer. Staatsregierung zur Windkraft, insbesondere zur Regelung der Abstandsflächen für Windkraftträder, diskutiert. Die Windkraft selbst wird als wichtiger Baustein der regionalen Stromversorgung erkannt. Landrat Irlinger erklärt, er wisse, auch in seiner Funktion als Vorsitzender des Planungsverbandes, dass dieser bereits sehr detailgenau, im Konsens mit den Städten, Märkten und Gemeinden, Gebiete für die Nutzung der Windkraft festgelegt hat. Durch die von der Bayer. Staatsregierung initiierte Neuregelung der Abstandsflächen, die sog. 10 H Regel bestehe nunmehr keine Planungssicherheit mehr. Hierfür habe er kein Verständnis und plädiere deshalb für die Ergänzung entsprechend dem Antrag von Kreisrat Eitel. Der Fraktionsvorsitzende der CSU-Kreistagsfraktion Nussel sowie Kreisrat und MdB Müller machen u.a. deutlich, dass die Nutzung der Windkraft nur im Konsens und mit Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger sinnvoll umgesetzt werden könne. Dieser Konsens sei im Verfahren der Amprion GmbH nicht gelungen und führte auch hinsichtlich der Abstandsflächen für Windräder in der Vergangenheit zu erheblichen Akzeptanzproblemen. Mit der jetzigen Regelung werde die kommunale Selbstverwaltung gestärkt, da vor Ort über die Anwendung von Ausnahmen entschieden werden kann.

Landrat Irlinger hält klare Vorgaben jedoch für unverzichtbar und spricht sich nochmals für den Ergänzungsantrag aus. Nach Schließung der Rednerliste mit Zustimmung des Gremiums regt Kreisrat Bubel an, die Resolution nicht nur an die Bundesnetzagentur und die Amprion GmbH sondern auch an die Bundesregierung und die Bayer. Staatsregierung zu richten. Landrat Irlinger sagt dies zu und lässt anschließend über den Antrag von Kreisrat Konrad Eitel abstimmen, folgenden Passus als Punkt 4 der Resolution zu ergänzen:

„4. Die Bayer. Staatsregierung wird nachdrücklich aufgefordert, lokale Initiativen zur

regenerativen Energiegewinnung verstärkt zu fördern und den Ausbau der Windenergie nicht weiter zu behindern.“

Der Antrag von Kreisrat Eitel wird mehrheitlich mit 36:22 Stimmen mehrheitlich beschlossen.

Der Kreistag des Landkreises Erlangen-Höchstadt beschließt die durch den Vorbeschluss geänderte Resolution:

1. Die vorgelegten Planungen für einen alternativen Trassenkorridor der „Gleichstromtrasse Süd-Ost“ durch den Landkreis Erlangen-Höchstadt werden abgelehnt.

- Der Landkreis Erlangen-Höchstadt, insbesondere die drei Kommunen Bubenreuth, Möhrendorf und Baiersdorf sind durch eine Vielzahl überregionaler Verkehrswege bereits in ganz besonderem Maße belastet und können keinen weiteren Eingriff dulden. Insbesondere die BAB A 73 mit ca. 65.000 Fahrzeugen pro Tag, die ICE Strecke Nürnberg -Bamberg (einer der meist befahrensten Bahnstrecken Deutschlands), mehrere Staats- und Kreisstraßen, der Main-Donaukanal, sowie zwei bereits bestehende 380 kV- bzw. 110 kV-Leitungen zerschneiden die Gemarkungen der drei genannten Kommunen in einer unerträglichen Art. Ein neuer Einschnitt in diesen Lebensraum durch eine weitere Stromtrasse ist nicht mehr hinnehmbar.
- Die Gemeinden Röttenbach und Hemhofen würden durch den geplanten Verlauf der Alternativtrasse künftig in einer nachhaltigen Dorfentwicklung beeinträchtigt werden, da die Trassenführung die Erweiterungsmöglichkeiten für Wohnbebauung übermäßig stark einschränken würde.
- Die Gemeinde Heßdorf ist eingebettet in einen intakten Naturraum und geprägt von Industrie-, Handwerks- und Dienstleistungsbetrieben. Die Gemeinde Heßdorf müsste im Fall der Realisierung der Alternativtrasse 15.01 und der damit verbundenen „Durchschneidung“ explizit der Ortschaft Heßdorf massive Einschränkungen im Hinblick auf ihre Entwicklungsmöglichkeit in Kauf nehmen.
- Die Stadt Herzogenaurach wird ebenfalls von einem Alternativtrassenkorridor der geplanten Gleichstrompassage Süd-Ost in mehreren Ortsteilen tangiert. Auf einen ausreichenden Abstand zum Schutz der sensiblen Wohn- bzw. Mischgebiete wird ausdrücklich hingewiesen.
- Von der Trassenführung sind mehrere kommunale und regionale Planungen betroffen: Im Südosten des Stadtgebietes ist eine Süd- und Ostumfahrung Herzogenaurachs geplant. Insbesondere der östliche Teil des geplanten Straßenbauprojektes, der in der 1. Priorität im Straßenausbauplan des Freistaates Bayern liegt, und im Rahmen einer Übertragung der Straßenbaulast auf die Stadt Herzogenaurach zeitnah in die erforderlichen Verfahren (Raumordnungsverfahren, Planfeststellungsverfahren) gebracht werden soll, ist betroffen. Hier wird vor allem auf einzuhaltende Abstände zu den Leitungsmasten verwiesen.
Ebenfalls im Südosten des Stadtgebietes sind im Grenzbereich zu den Nachbargemeinden Obermichelbach und Erlangen die im Regionalplan Industrieregion Mittelfranken dargestellten Vorbehaltsgebiete für Windkraftanlagen WK 16 und WK 57 betroffen. Hier sind ebenfalls rechtlich

festgelegte Abstände einzuhalten.

Südlich von Haundorf kreuzt die geplante Stadt-Umland-Bahn, die von Erlangen nach Herzogenaurach führen soll, die Autobahn A 3. Die Quermöglichkeiten der regional überaus bedeutenden Nahverkehrslinie werden von der Alternativtrasse der Gleichstrom-Höchstspannungsleitung entlang der A 3 unmittelbar tangiert.

Schließlich wird auf die hochwertigen Grünräume und Waldgebiete im Umgriff der bestehenden Hochspannungsleitungstrasse verwiesen sowie auf die weitere Zerschneidung des sensiblen Talraumes der Aurach und anderer Biotopstrukturen, insbesondere eines wertvollen Biotopkomplexes südlich von Niederndorf, durch die geplante Alternativtrasse.

2. Die Bundesregierung, Bundesnetzagentur und die Bayerische Staatsregierung werden aufgefordert,

- die Notwendigkeit der „Gleichstromtrasse Süd-Ost“ im Hinblick auf bereits im Bau befindliche bzw. geplante Lückenschlüsse im Stromübertragungsnetz sowie den Einsatz neuer Technologien einer erneuten Prüfung zu unterziehen und den sofortigen Stopp der Planung einzuleiten.
- im Sinne einer dezentralen Energieversorgung in Bayern zu versuchen, an den bestehenden Netzknoten (Umspannwerken und Kraftwerksstandorten) die notwendige Reserveleistung zu installieren. Damit bleibt die energiewirtschaftliche Wertschöpfung mit all den Vorteilen für die Kommunen in den Regionen.

3. Der Vorhabenträger Amprion GmbH wird aufgefordert,

- bis zum Abschluss einer erneuten grundsätzlichen Überprüfung der Notwendigkeit einer Gleichstrompassage von seiner Antragstellung auf Bundesfachplanung bei der Bundesnetzagentur abzusehen. Der andernfalls erzeugte Zeitdruck ist für Bürger und die beteiligten Kommunen nicht vertretbar. In diesem Zusammenhang wird nochmals die mangelnde Transparenz der Informationspolitik kritisiert, insbesondere dass die politischen Mandatsträger vorab nicht ausreichend von dem Vorhaben in Kenntnis gesetzt wurden.

4. Die Bayer. Staatsregierung wird nachdrücklich aufgefordert, lokale Initiativen zur regenerativen Energiegewinnung verstärkt zu fördern und den Ausbau der Windenergie nicht weiter zu behindern.

Der Landrat und die Verwaltung werden beauftragt, die Haltung des Kreistages der Bundesregierung, der Bayerischen Staatsregierung, der Bundesnetzagentur sowie dem Vorhabenträger zu übermitteln.

Abstimmung: einstimmig beschlossen

Ja: 58 Nein:0 Anwesend: 58

II. Nichtöffentliche Sitzung:

.....

III. Öffentliche Sitzung:

Landrat Irlinger beginnt den weiteren öffentlichen Sitzungsteil mit der Verabschiedung der aus dem Kreistag ausscheidenden Damen und Herren Kreisräte mit dem Gedenken an Herrn Andreas Stark, der in der vergangenen kommunalen Wahlperiode verstorben ist und erinnert an dessen langjähriges, verdienstvolles kommunalpolitisches Wirken.

Anschließend verabschiedet Landrat Irlinger die dem Kreistag des Landkreises Erlangen-Höchstadt in der kommenden Wahlperiode nicht mehr angehörenden Damen und Herren Kreisräte persönlich und geht dabei auf deren Werdegang ein, würdigt im Einzelnen das oftmals langjährige Engagement für die Bürgerinnen und Bürger des Landkreises und überreicht neben einer Dankurkunde ein Erinnerungsgeschenk des Landkreises.

Verabschiedet werden:

Günter Fensel (nicht persönlich anwesend)	5 Jahre
Martin Hofmann	6 Jahre
Jörg Rohde (nicht persönlich anwesend)	6 Jahre
Bernhard Kollischan	6 Jahre
Gotthard Lohmaier	7 Jahre
Robert Mirschberger	11 Jahre
Karin Knorr	12 Jahre
Jutta Ledertheil	12 Jahre
Hans Mitschke	12 Jahre
Thekla Mück	12 Jahre
Christa Matschl	14 Jahre
Karlheinz Seitz	14 Jahre
Richard Schleicher	15 Jahre
Jörg Bubel	18 Jahre
Paul Neudörfer	18 Jahre
Birgit Rigoll	18 Jahre
Ulrich Wustmann	18 Jahre
Valentin Schaub	42 Jahre
Dr. Christoph Maier	48 Jahre

Besonders hebt Landrat Irlinger die über 40jährige Kreistagszugehörigkeit von Kreisrat Dr. Christoph Maier und Valentin Schaub hervor. Beide haben sich in vorbildlicher Weise mit ihrem außergewöhnlichen Engagement um den Landkreis verdient gemacht. Landrat Irlinger dankt hierfür ausdrücklich und wünscht ihnen sowie allen anderen Damen und Herren Kreisräten alles Gute, vor allem Gesundheit.

Dieser Dank und alle guten Wünsche gelten auch stellvertretender Landrätin Karin Knorr, die ebenfalls aus dem Kreistag des Landkreises Erlangen-Höchstadt ausscheidet, für ihren engagierten Einsatz als Stellvertreterin des Landrates in den letzten 12 Jahren.

Stellvertretende Landrätin Karin Knorr lädt Landrat Irlinger sowie alle Anwesenden ein, nach dem gemeinsamen Essen, an die „Engstelle“ des Landkreises, nicht weit von Atzelsberg zu kommen. An diesem symbolträchtigen Ort sollen die vielfältigen Verdienste von Landrat Irlinger mit der Übergabe eines Geschenkes gewürdigt werden.

Die Fraktionsvorsitzenden aller im Kreistag vertretenen Fraktionen danken dem ausscheidenden Landrat für sein stets um das Wohl des Landkreises und seiner Bürgerinnen und Bürger besorgte Wirken. Dieses habe der Landrat auf so vielfältige Weise und mit außergewöhnlicher Hingabe und Engagement zum Ausdruck gebracht und damit

auch für die Zukunft Zeichen gesetzt.

Landrat Irlinger dankt allen Damen und Herren Kreisräte sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für die gute und Zusammenarbeit verbunden mit den besten Wünschen für die Zukunft.

Erlangen, 30.04.2014

Eberhard Irlinger
Landrat

Birgit Stolla
Regierungsamtfrau

FDP – Kreistagsfraktion ERH
Elke Weis
Fraktionsvorsitzende
Zeisigweg 9
91096 Möhrendorf

FDP

Die Liberalen

Elke Weis, Zeisigweg 9, 91096 Möhrendorf
Landratsamt Erlangen-Höchstadt
z.Hd. Landrat Eberhard Irlinger
Marktplatz 6
91054 Erlangen



Möhrendorf, 26.3.2014

Antrag zur Sitzung des Kreistages am 4.4.2014
Neubau des Landratsamtes, Raum- und Funktionsprogramm

CT

Sehr geehrter Herr Landrat Irlinger!

92703

Zur Flächen- und Kostenermittlung zum Neubau des Landratsamtes stellt die FDP-Fraktion folgenden Antrag:

Im ersten Vorentwurf vom Architekturbüro AWG, vom 25.11.2013, ist ein Fitnessraum mit einer Größe von 100 m² eingeplant, dieser entfällt. Diese Fläche wird als Reservefläche eingeplant und ggf. zur externen Vermietung genutzt.

Durch bauliche Ausnutzung des Grundstückes konnten in der Vorentwurfsplanung weitere Nutzflächen ausgewiesen werden. Diese sind im Raum- und Funktionsprogramm nicht enthalten. Der tatsächliche zukünftige Flächenbedarf ist genau festzulegen und ein möglicher Flächenüberhang separat auszuweisen.

Begründung:

Der im Vorentwurf eingeplante Fitnessraum bedarf hoher Investitionen und laufender Kosten, z.B. Wartung, Instandhaltung, Pflege. In fußläufiger Entfernung befinden sich Fitnessstudios die bei entsprechendem Bedarf/Wunsch aufgesucht werden können.

Gegenüber des Raum- und Funktionsprogrammes, welches vom ~~Kreistag beschlossen wurde~~, hat sich eine Flächenmehrung im aktuellen Vorentwurf ergeben und somit auch eine Kostensteigerung.

Mit freundlichen Grüßen

Gez. Elke Weis



FREIE WÄHLER

Fraktionsvorsitzender
Gerald Brehm
Silcherstr. 8
91315 Höchstadt a. d. Aisch

Telefon (09193) 626 131
Telefax (09193) 626 181
Email: buergermeister@hoechstadt.de

An das
Landratsamt Erlangen-Höchstadt
Herrn Landrat Eberhard Irlinger

Marktplatz 6
91052 Erlangen

Röttenbach, den 10.4.2014

Antrag zur Kreistagssitzung am 30.4.2014 zu: Neubau des Landratsamtes

Sehr geehrter Herr Landrat,

sie haben angekündigt, in der Kreistagssitzung am 30.4.2014 die grundsätzlichen Entscheidungen zum Neubau des Landratsamtes treffen zu wollen. In Vertretung des Fraktionsvorsitzenden Gerald Brehm stelle ich für die Kreistagsfraktion der Freien Wähler folgenden Antrag:

Am 30.4.2014 sollen keine Beschlüsse für den Bau des neuen Landratsamtes gefasst werden, sondern die Beschlussfassung soll in der Amtszeit des neuen Kreistags erfolgen.

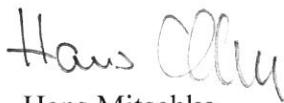
Begründung:

- Bei einem Kostenvolumen zwischen 35 und 40 Millionen € muss die grundsätzliche Entscheidung über die einzelnen Hauptpositionen des Neubaus nicht am letzten Tag der Wahlperiode des alten Kreistags erfolgen. Alle Landratskandidaten hatten übrigens in ihren Statements bei einer Podiumsdiskussion vor der Wahl besonders die Kostenentwicklung des Landratsamtneubaus aufgegriffen. Dem neuen Landrat und den neuen Mitgliedern des Kreistags soll nach unserer Auffassung bei der Größenordnung des Projekts die Chance der Mitentscheidung eingeräumt werden.
- Die gut zweistündige Diskussion zum Thema Neubau in der letzten Kreistagssitzung am 4.4.2014 nach der Vorstellung des neuesten Konzepts des Architekturbüros (wie zum Beispiel Schaffung von weiteren Gebäuderesserveflächen über fingerartige Verlängerungen) und das der einzelnen Ingenieurbüros mit neuen Varianten braucht noch Zeit zur Diskussion in den einzelnen Fraktionen. Hier muss nichts über den „Daumen gebrochen“ werden.

- **Die Erfahrungen bzw. Erkenntnisse der Reisedelegation des Landratsamtes beim Besuch des dänischen Gebäudependants bei Kopenhagen wurden am 4.4.14 durch den Kreisbaumeister Thomas Lux nur kurz dargestellt. Eine ausführliche Diskussion, welche Erkenntnisse sich vorteilhaft beim Bau des Landratsamtes ERH verwenden ließen, gab es nicht.**
- **Es ist nicht sinnvoll, da die Vorstellungen der Fraktionen zum Neubau noch zu unterschiedlich sind, eine Mehrheitsentscheidung unter allen Umständen jetzt am 30.4.2014 durchzusetzen. Sinnvoll wäre ein gemeinsame Findungskommission (wie zum Beispiel Kreisausschuss und Bauausschuss zusammen), die sich in gemeinsamer Arbeit für eine Lösung ausspricht, um dem Kreistag eine Entscheidungsgrundlage vorzulegen und um damit zu einer Entscheidung im Kreistag zu kommen, die von allen Fraktionen getragen wird.**

Die Kreistagsfraktion der Freien Wähler bedankt sich bei Ihnen und Ihren Mitarbeitern für die bisherige gute Arbeit zum Thema Neubau des Landratsamtes. Ein Projekt dieser Größenordnung braucht eben aber auch seine Zeit in der Vorbereitung.

Mit vielen Grüßen



Hans Mitschke
Stv. Fraktionsvorsitzender

Konrad Eitel

Kardinal-Döpfner-Str. 6
91074 Herzogenaurach
Tel. p 09132/3853
Mobil 0176/7212 3579
eitel@herzovision.de

Konrad Eitel * Kardinal-Döpfner-Str. 6 * 91074 Herzogenaurach

Herrn
Landrat??E??Irlinger

per??mail

Q 2904

LT

29. April 2014

Ergänzungsantrag??zur??Resolution??des??Kreistages??gegen??die??Gleichstromtrasse

Sehr geehrter Herr Landrat,

ich bitte darum, bei der Behandlung des Resolutionsentwurfes „Gleichstromtrasse Süd-Ost“ folgenden Ergänzungsantrag zur Abstimmung zu stellen:

„4. Die Bayer. Staatsregierung wird nachdrücklich aufgefordert, lokale Initiativen zur regenerativen Energiegewinnung verstärkt zu fördern und den Ausbau der Windenergie nicht weiter zu behindern.“

Die vorliegende Resolution lehnt den Bau der geplanten Gleichstromtrasse Süd-Ost durch unseren Landkreis ab, da viele Menschen bei uns wie woanders diesen in der Tat massiven Eingriff in unser Landschaftsbild fürchten und nicht nachvollziehen können.

Andererseits sind die Metropolregion Nürnberg wie auch unser Landkreis durch Industrie, Handel und eine zunehmende Ausweisung von Bauflächen und Erschließungsmaßnahmen gekennzeichnet. Dafür ist u.a. eine ausreichende Stromversorgung Voraussetzung.

Wenn die Stromzufuhr durch neue Leitungstrassen abgelehnt wird müssen die Alternativen aufgezeigt werden. Die Resolution nimmt deshalb richtigerweise auf die regenerative Stromerzeugung auf lokaler Ebene Bezug. Ein wichtiger Baustein wäre dabei die Windkraft, deren Einbeziehung jedoch durch die jüngsten Beschlüsse der Staatsregierung in Frage gestellt wird.

Die lokale Initiative “Energiewende ER(H)langen” stellt dazu aktuell fest:

„Durch die Abstandsflächenerhöhung auf 10H und den Entzug der Privilegierung würde der Ausbau der Windenergie als günstigste der erneuerbaren Energiequellen nach der Wasserkraft in erheblichem Maße eingeschränkt. Die Fortführung der Energiewende grundsätzlich, aber insbesondere eine wirtschaftliche Energiewende in Bayern, wäre somit massiv gefährdet. Damit würde der Windenergienutzung in Bayern nicht mehr in substanzieller Weise Raum gegeben werden. Die Windenergie

würde in Bayern nur noch schwer möglich sein und keine gewichtige Rolle mehr spielen.“ (Quelle: <http://www.energiewende-erlangen.de/>)

Wenn wir glaubwürdig gegen die Stromtrasse argumentieren wollen müssen wir auch hier klar Stellung beziehen.

Es sei mir im übrigen gestattet anzumerken dass an manchen Stellen in der Begründung sehr dick aufgetragen wird wenn unser Landkreis als quasi intaktes Naturparadies dargestellt wird und eine mögliche Stromtrasse der erste Eingriff wäre. Auch bei vielen Planungen in unserem Landkreis – Ausweisung von Baugebieten und Straßenplanungen – wäre aus meiner Sicht mehr Rücksicht auf Natur und Landschaft wünschenswert.

Auch die Aussage, dass die Mandatsträger nicht ausreichend in Kenntnis gesetzt worden sind kann auf die Bundestags- und Landtagsabgeordneten nicht zutreffen. Denn die Fa. Amprion als Maßnahmeträger wird ja tätig auf Grund von Gesetzen, die Bundestag und Bundesrat erlassen haben. Sie werden wohl gewusst haben was die Folgen ihrer Beschlüsse sind ...

Für Ihre Aufmerksamkeit vielen Dank

Mit freundlichen Grüßen



Konrad Eitel